MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 27.11.2009, 16:00 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Acker, Backes, Becker, Böttcher, Büchner, Daser, Dinnebier, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk
CDU:	Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kissel, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Scherer, Stompfe, Vaupel, von Ploetz, Dr. Wulff
GRÜNE:	Dr. Baumann, Busch, Dorn, Flohrschütz, Göttling, Köhler, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer, Dr. Therre-Staal
Marburger Linke:	Adsan, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Kolter, Schäfer, Dr. Weber
FDP:	Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel
MBL:	Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:
Die Stadtverordneten Brahms (SPD), Kaufmann (CDU), Lohse (CDU), Schaffner (CDU) sowie Stadträtin Dr. Weinbach.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:08 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellung wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 30. Oktober 2009 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen drei dringliche Anträge vor:

1. Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betreffend Fahrtkosten Rodelbahn am Steinweg, VO/08111/2009

Der dringliche Antrag liegt allen Stadtverordneten in gedruckter Fassung vor. Die Dringlichkeit wird zusätzlich mündlich begründet durch die Stadtverordnete Kolter (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Acker (SPD).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Fraktion Marburger Linke die Dringlichkeit. Damit ist die erforderlich 2/3-Mehrheit nach der HGO nicht erreicht. Der Antrag kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

2. Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betreffend Streik bei MVG, VO/0814/2009

Auch dieser dringliche Antrag liegt auf den Plätzen aus. Die Dringlichkeit wird zusätzlich begründet durch den Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke). Für den Magistrat sprechen der Oberbürgermeister und der

Bürgermeister. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Acker (SPD).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Fraktion Marburger Linke die Dringlichkeit. Damit ist die erforderlich 2/3-Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Auch dieser dringliche Antrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

3. Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Bürgerliste betreffend Bebauungsplanentwurf Nr. 8 / 15.2 Weintrautstraße / Germanenplatz.

Dieser dringliche Antrag liegt den Fraktionsvorsitzenden vor. Er wird zusätzlich mündlich begründet durch den Stadtverordneten Ludwig (MBL). Für den Magistrat sprechen der Oberbürgermeister und der Bürgermeister. Der Stadtverordnete Acker (SPD) spricht gegen die Dringlichkeit.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, FDP, MBL und Marburger Linke die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3-Mehrheit des Hauses jedoch nicht erreicht. Der Antrag kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Auch dieser dringliche Antrag liegt als Anlage bei.

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die angemeldeten Aussprachen und die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 1 11/2009)
Vorlage: VO/0820/2009

Wann ist mit dem Konzept zur Vandalismusbekämpfung auf Marburger Schulhöfen und Spielplätzen zu rechnen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Verschiedene Fachdienste werden am 18.11.2009 mit den betroffenen Schulen aus dem Stadtgebiet ein erstes Gespräch zu einer Konzeptentwicklung führen.

Daraus werden sich dann die weiteren Schritte ergeben.

Der Fachdienst Schule rechnet damit, dass die städtischen Gremien im ersten Quartal 2010 über die Ergebnisse unterrichtet werden.

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 2 11/2009) Vorlage: VO/0821/2009

Am 30.10.2009 erhielten alle Stadtverordneten Post von der Scientology-Kirche. Wie kommt die Scientology-Kirche an die Adressdaten der Stadtverordneten? Gibt es ethische und/oder datenschutzrechtliche Regeln über die Weitergabe dieser Daten an Dritte zum Zwecke von Werbung bzw. für Einladungen zu öffentlichen Veranstaltungen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Eine Weitergabe der Namen und privaten Anschriften der Stadtverordneten an die Scientology-Kirche erfolgte nicht durch die Verwaltung.

Allerdings ist es mit den im Internet veröffentlichten Informationen über die Marburger Stadtverordneten möglich, Werbung und Einladungen auch an private Adressen zu versenden.

Grundsätzlich ist die Veröffentlichung des Namens und der Funktion der Stadtverordneten zulässig.
Weitere personenbezogene Daten wie z. B. Privatanschrift und Telefonnummer unterliegen den datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

Im Bürger- und Parlamentsinformationssystem ALLRIS, das von den Stadtverordneten gefordert wurde und seit 2001 im Einsatz ist, sind weitere Daten wie z. B. Namen, private Anschriften, private Telefonnummern veröffentlicht. Die Veröffentlichung dieser Daten wurde zur damaligen Zeit abgefragt. Fotos von Stadtverordneten werden nur veröffentlicht, wenn die ausdrückliche Zustimmung erfolgt.

Sollten einzelne Stadtverordnete mit der Veröffentlichung ihrer Daten in ALLRIS nicht einverstanden sein, so setzen Sie sich bitte mit der Stabsstelle zur Unterstützung und Betreuung kommunaler Gremien, Herrn Wagner, in Verbindung.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 3 11/2009) Vorlage: VO/0822/2009

Wie konkret sind die Überlegungen gediehen, Solarpanels auf den inzwischen „verwaisten" Laternenpfählen entlang der B3a zu installieren?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Möglichkeit Photovoltaik-Module auf den Laternenmasten zu installieren und

über die vorhandene Leitungsinstallation Solarstrom in das öffentliche Netz einzuspeisen wurde von den Stadtwerken Marburg geprüft.

Nachdem die grundsätzliche Machbarkeit dieses Vorhabens geklärt war, fand ein Gespräch mit dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen statt, in dem die Stadtwerke Marburg das Vorhaben erläuterten. Das ASV signalisierte grundsätzliche Zustimmung. Vereinbart wurde ein Sondernutzungsvertrag für die Nutzung der Lampenmaste für die Errichtung einer Photovoltaikanlage zwischen dem ASV und den Stadtwerke Marburg zu schließen.

Der Vertrag liegt mittlerweile vor. Anlage dieses Vertrages muss eine geprüfte Statik zum Mast selbst und der Haltekonstruktion am Mast sein. Die hierzu erforderlichen Konstruktionsunterlagen werden z. Zt. erstellt mit dem Ziel in ca. 2 Monate eine Prüfstatik zu dieser Angelegenheit in Auftrag gegeben zu können.

Mit Vorliegen der Prüfstatik kann der Sondernutzungsvertrag wirksam werden. Eine Realisierung der Anlage wäre dann im Frühjahr möglich.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 4 11/2009) Vorlage: VO/0823/2009

Wie ist der Kindergarten in Moischt personell ausgestattet, und stehen immer ausreichend Vertretungskräfte bereit?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Kindergarten Moischt können bis zu 40 Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt in zwei Gruppen mit einer Öffnungszeit von 07.30 - 15.00 Uhr betreut werden.

Für die beiden Kindergruppen stehen 2,87 Personalstellen zur Verfügung. Diese Personalbedarfsberechung basiert auf der alten Mindestverordnung für Tageseinrichtungen für Kinder, die 1,5 Fachkräfte pro Gruppe vorschreibt.
Zu den Gruppenarbeitszeiten werden die gruppenfreien Zeiten, das sind die Vorbereitungs- und Leitungszeiten, hinzugerechnet.

Der Kindergarten Moischt verfügt über keine zugeordnete Vertretungskraft, ist aber im Verbund mit dem Kindergarten Schröck zu betrachten, da die beiden Tageseinrichtungen als Planungseinheit für den Stadtteil Moischt/Schröck gesehen wird und unter einer Gesamtleitung geführt wird, d. h. dass auch das Personal untereinander austauschbar ist und sich auch vertritt.
Treten extreme Personalengpässe ein, werden Vertretungskräfte aus den übrigen Tageseinrichtungen im Kindergarten Moischt eingesetzt.
Der Einsatz von Vertretungskräften aus anderen Tageseinrichtungen war bisher in den seltensten Fällen erforderlich.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Severin und Seelig (SPD) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

Um 16:48 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Seelig (Nr. 5 11/2009) Vorlage: VO/0824/2009

Auf dem Kinderspielplatz in Moischt, Tannenweg, sollte für die im Frühsommer abgebaute Rutsche möglichst bald eine neue Rutsche, außerdem für den Sandkasten ein Sonnensegel installiert werden. Wann wird das Versprechen für die Moischter Kinder erfüllt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In diesem Jahr hat sich die DIN-Norm für die Spielplätze und -geräte geändert und damit viele Maße. Eine Rutsche gleichen Typs wie die abgebaute kann nicht aufgestellt werden, weil der benötigte Sicherheitsabstand aufgrund der neuen Norm nicht vorhanden ist.

Da eine Bestellung einer Standardrutsche aus dem Katalog nicht möglich ist, muss für den Kinderspielplatz eine eigene Konzeption, verbunden mit kleineren Umbaumaßnahmen, geplant werden. Bedingt durch die Betreuung der Vielzahl und Vielfältigkeit unserer Marburger Spielplätze dauerte diese Planung etwas.

Der Rutschenturm ist bestellt und wird dieses Jahr aufgestellt. Ein Sonnensegel für den Sandkasten wird als nicht notwendig erachtet, weil ein Baum das Element beschattet.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Nr. 6 11/2009) Vorlage: VO/0825/2009

Der Preis für eine 90-Tabletten-Packung des Tumor-Medikaments GLIVEC, das von der in Marburg ansässigen Firma Novartis angeboten wird, hat sich zwischen 2006 und 2009 von9.106,60 € auf 10.149,80 € erhöht, also von 101,07 € pro Tablette auf 112,77. Welchen Einfluss hat diese Preisentwicklung auf die Gewerbesteuereinnahmen der Universitätsstadt Marburg?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Besteuerungsgrundlage für die Gewerbesteuer ist bekanntlich der Gewerbeertrag, der von dem für ein Unternehmen zuständigen Finanzamt ermittelt und in einer Messzahl ausgedrückt wird. Diese Messzahl wiederum ist dann die Grundlage für die Veranlagung zur Gewerbesteuer.

Dem Magistrat ist nicht bekannt, welche Tablette welchen Beitrag zum Gewerbeertrag eines Unternehmens liefert.

Im Übrigen hat der Magistrat bereits mehrfach ausgeführt, dass er dem Steuergeheimnis unterliegt und deshalb Auskünfte zu steuerlichen Angelegenheiten eines Unternehmens nicht geben kann.

In Sachen Steuergeheimnis hatte der Magistrat auf eine Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Röder im August 2007 u. a. folgendes ausgeführt:

> Die Verletzung des Steuergeheimnisses ist strafbar. Sie ist nach § 355 StGB mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bedroht.
>
> Der Magistrat hat in seinem Diensteid geschworen, alle in Hessen geltenden Gesetze zu wahren. Er hat nicht die Absicht, diesen Eid zu brechen.

Das gilt auch weiterhin.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Björn Backes (Nr. 7 11/2009) Vorlage: VO/0839/2009

Wann ist mit einer Erneuerung des völlig mangelhaften Parkettbodens in der Georg-Gassmann-Halle zu rechnen? Besteht noch Gewährleistung nach der VOB?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Hallenboden einschließlich Unterkonstruktion wurde in 2008 grundlegend erneuert. Für die durchgeführten Arbeiten besteht nach der VOB noch eine Gewährleistung bis 2013.
Es ist zu klären, wie die Ursache von aufgetretenen Mängeln zu bewerten ist. Dabei sind sowohl die Betriebsbedingungen als auch Herstellung-, Material- und Reinigungsfragen einzubeziehen.
In Kürze wird ein Termin mit den betroffenen Dienststellen durchgeführt. Der Fragesteller wird über das Ergebnis informiert.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Björn Backes (Nr. 8 11/2009) Vorlage: VO/0840/2009

Ist es vorgesehen, das Feld vor dem Outdoor-Basketball-Korb in Moischt mit einer Basketball-Linierung zu versehen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Sowohl vom Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur als auch vom Fachdienst Sport ist es nicht vorgesehen, eine Markierung an dem Basketballfeld anzubringen.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Nr. 9 11/2009)
Vorlage: VO/0826/2009

Welche Auswirkungen werden die Schutzimpfungen gegen die Schweinegrippe vermutlich auf die Gewerbesteuer-Einnahmen der Universitätsstadt Marburg haben?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Genauso wie dem Magistrat nicht bekannt ist, welche Tablette welchen Beitrag zum Gewerbeertrag eines Unternehmens liefert, ist ihm das auch für die Impfstoffe eines Unternehmens nicht bekannt.

Vermutungen darüber anzustellen wäre müßig; sie entbehrten jeder rationalen Grundlage.

Der Magistrat hofft natürlich, dass der Impfstoff die ihm zugedachte Wirkung erfüllt, zum Gewerbeertrag des Unternehmens beiträgt und sich positiv auf die Gewerbesteuer-Einnahme der Stadt auswirkt.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Winfried Kissel (Nr. 10 11/2009)
Vorlage: VO/0827/2009

Der Straßenbelag in den Straßen „Zum Wallgraben" und „An den Gärten" im Stadtteil Ginseldorf ist in einem sehr schlechten Zustand und muss dringend ausgebessert werden. Bisher ist noch keine Ausbesserung, obwohl vom Ortsbeirat Ginseldorf schon mehrfach gefordert, erfolgt. Wann ist mit der Ausbesserung zu rechnen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In der Straße „Zum Wallgraben" sind noch in diesem Jahr Instandsetzungsarbeiten über den Jahresvertrag vorgesehen. In diesem Zusammenhang werden auch etwaige Schlaglöcher in der Straße „An den Gärten" behoben.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass beide Straßen nur in der 1. Ausbaustufe als Baustraßen hergestellt wurden. Ein insgesamt und auf Dauer besserer Zustand kann nur durch einen Endausbau der Straßen erreicht werden, der bisher wegen

lückenhafter Bebauung noch nicht erfolgen konnte. Ein Endausbau ist nur sinnvoll, wenn mind. 80 % der vorhandenen Baugrundstücke bebaut sind.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Winfried Kissel (Nr. 11 11/2009)
Vorlage: VO/0841/2009

Kann der Magistrat veranlassen, dass die Betreiberin der Grillhütte Ginseldorf für eine ordentliche Beschilderung im Ortskern von Ginseldorf sorgt? Die alten Schilder sind überwiegend nicht mehr lesbar und Ortsfremde können die Grillhütte nicht finden.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Schon auf den Hinweis des Ortsbeirates aus der Sitzung vom 6.10.2009 hat die Verwaltung das Anliegen an die Praxis gGmbH als Betreiberin des Grillplatzes weitervermittelt. Die Grillplatzbetreiberin wird eine neue Beschilderung in Holzausführung herstellen und zum Frühjahr hin vor Beginn der Grillsaison im Ort anbringen.

Frau Ortsvorsteherin Christine Dersch ist entsprechend durch Praxis gGmbH informiert worden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Ludwig (MBL) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 12 11/2009)
Vorlage: VO/0828/2009

Wie wird sich die Sanierung maroder Landesbanken in Deutschland auf die Gewerbesteuereinnahmen und sonstige Zuführungen an den Haushalt in der Universitätsstadt Marburg auswirken?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Zunächst sei vorausgeschickt, dass es im Gewand einer Kleinen Anfrage bereits mehrere Versuche gegeben hat, den Magistrat zum Bruch des Steuergeheimnisses zu verleiten. Insofern ist auch diese Kleine Anfrage ein weiterer untauglicher Versuch.

Im Übrigen ist dazu zu sagen:

Soweit sich die Anfrage auf die Landesbank Hessen-Thüringen bezieht, geht die

Frage an der Realität vorbei. Die Landesbank Hessen-Thüringen ist nicht marode.

Soweit sich die Frage auf beliebige andere Landesbanken (welche?) in beliebigen anderen Bundesländern (welche?), die Wechselwirkungen mit der Wirtschaft, die Wechselwirkungen mit den Länderhaushalten, die Wechselwirkungen der Länderhaushalte innerhalb des Länderfinanzausgleichs usw. usw. bezieht, dürfte eigentlich klar sein, dass die Fragestellung nicht für eine Kleine Anfrage sondern allenfalls für ein universitäres Forschungsprojekt taugt.

Selbst dabei wäre aber wegen der Vielzahl der Faktoren und der Vielzahl von was-wäre-wenn-Variablen ein auf eine einzelne Stadt bezogenes Ergebnis ausgeschlossen.

Kurz gesagt: Die Frage ist nicht zu beantworten.

Ansonsten empfiehlt der Magistrat, die Konjunkturprognosen zu verfolgen, die führende deutsche Wirtschaftforschungsinstitute jeweils im Frühjahr und im Herbst eines Jahres unter dem Titel „Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft" im Auftrag der Bundesregierung erstellen.

Leider erlauben aber auch diese Gutachten keine einzelstädtischen Rückschlüsse.

*Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantw*ortet.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr. 13 11/2009) Vorlage: VO/0829/2009

Wie erklärt sich der Magistrat die Verwüstungen, die bei der Freilegung des Meridiansteins im Wald auf der Kupferschmiede entstanden sind und wann werden diese völlig unverhältnismäßigen Beschädigungen des Waldes beseitigt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In Vorbereitung für die Aufstellung des Meridiansteins unter Zuhilfenahme technischer Einrichtungen des THW Marburg wurden vom Forstamt Marburg forstliche Maßnahmen auf der Kupferschmiede durchgeführt. Die Stadt Marburg hatte, ohne die Maßnahme im Einzelnen zu steuern, dem Forstamt die Entscheidung für die durchzuführenden Maßnahmen überlassen. Vorgabe war jedoch, dass der untere stark frequentierte Fußweg unmittelbar am Waldrand gelegen durch diese Maßnahme nicht tangiert werden darf. Diese Vorgabe sollte im Interesse der den Weg nutzenden Spaziergänger eingehalten werden.

Gleichzeitig war es Wunsch des die Maßnahmen angestoßenen Physikdozenten, die Sichtbeziehung zur astronomischen Beobachtungsstation der Physik am Renthof wieder herzustellen.

Das im Bereich der Kupferschmiede festzustellende Schwachholz ist zum Teil auf Sturmschäden, zum anderen Teil auf die jetzt durchgeführte Maßnahme zurückzuführen. Es ist nicht beabsichtigt, dieses Totholz zu entfernen. Wegebeziehungen sind momentan durch die Ablagerung des Totholzes nicht beeinträchtigt.

---

zu 4.14 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr. 14 11/2009)
Vorlage: VO/0830/2009

Im Energiebericht der Stadt Marburg 2004 wurde im Anhang ein Konzept für die energetische Optimierung des G-Werkes vorgestellt. Wann wurde dieses Konzept verwirklicht und welche Kosten fielen an?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Aus dem vorgeschlagenen Maßnahmenpaket konnten bisher lediglich Teile realisiert werden.
So konnten bisher die Heizkessel erneuert (2007), der Dachboden des Café Trauma gedämmt (2006) und ein (unbeheizter) Wintergarten angebaut werden. Für 2010 ist die Sanierung des Turmes vorgesehen, bei der auch die Erneuerung der Fenster und die Dämmung des Dachbodens erfolgen wird. Hierfür sind im Haushalt 360 T€ angemeldet.

Für die Erneuerung der Heizkessel und die Dachbodendämmung Café Trauma wurden rund 24.000,-€ verausgabt. Seit 2008 werden die Heizanlagen durch die dortigen Mieter betrieben, so dass der Stadtverwaltung keine aktuellen Verbrauchsabrechnungen bekannt sind. Durch die in 2007 erfolgte Heizkesselerneuerung konnte der Gasbezug bis Jahresende (halbe Heizperiode) bereits um 14% (=2.800 m3Gas = 1670 €) gesenkt werden.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Petra Baumann (Nr. 15 11/2009)
Vorlage: VO/0831/2009

Da Anwohner im Zwetschenweg ein hohes Verkehrsaufkommen und damit einhergehende Lärmbelästigungen beklagen, wird der Magistrat gebeten, mitzuteilen, ob dort eine Tempo 30-Zone eingerichtet werden kann.
Weiterhin wird der Magistrat gebeten, Auskunft zu erteilen, ob die Leopold-Lucas-Straße während der Schulzeiten gesperrt werden kann.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nach dem im Umweltausschuss und mit der Einladung zur Stadtverordnetensitzung im Oktober zur Kenntnis gegeben Erlass des

hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung beträgt die innerörtliche Regelgeschwindigkeit 50 km/h. Die in diesem Erlass geforderten Voraussetzungen für eine Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf unter 50 km/h sind im Zwetschenweg nicht gegeben.

Zurzeit prüft der Fachdienst Straßenverkehr, ob eine Sperrung der Leopold-Lucas-Straße realisierbar ist.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 17:01 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer die Sitzungsleitung.

---

zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 16 11/2009)
Vorlage: VO/0832/2009

Wie hoch sind die jährlichen Energiekosten für die Marburger Straßenbeleuchtung aufgeschlüsselt nach den einzelnen Stadtteilen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Jahr 2009 ergeben sich für die Straßenbeleuchtung in den Stadtteilen, die nicht von der Stadtwerke Marburg GmbH mit Strom versorgt werden (E.ON), folgende Energiekosten:

Bauerbach	7.680,66 €
Bortshausen	2.052,76 €
Cappel	45.604,53 €
Cyriaxweimar	3.465,98 €
Dagobertshausen	3.242,64 €
Dilschhausen	1.849,13 €
Elnhausen	7.892,11 €
Ginseldorf	5.637,49 €
Gisselberg	6.795,79 €
Haddamshausen	4.302,62 €
Hermershausen	2.919,93 €
Michelbach	10.596,06 €
Moischt	8.232,46 €
Ronhausen	2.264,44 €
Schröck	9.594,08 €
Wehrshausen	7.988,16 €
Stand: 25.11.09	**130.118,84 €**

Die Kernstadt mit Ockershausen und Richtsberg sowie die Stadtteile Marbach und Wehrda werden von der Stadtwerke Marburg GmbH mit Strom versorgt (s. gesonderte Stellungnahme der Stadtwerke).

Für den Bereich der Kernstadt inklusive Ockershausen und Richtsberg betrugen die Straßenbeleuchtungskosten 2008 275 T€; für den Stadtteil Marburg 15 T€ und für den 2005 übernommenen Stadtteil Wehrda 24 T€.

---

zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 17 11/2009)
Vorlage: VO/0833/2009

Wieviel Stunden im Jahr drehen sich die existierenden Windkraftanlagen (WKA) in Wehrda, welche Leistung wird dabei pro Jahr erzeugt und wie hoch sind die jährlichen Unterhaltungskosten dieser Anlagen? Wie erklärt der Magistrat den öffentlichen Eindruck der Bevölkerung, die Wehrdaer WKA stünden überwiegend still?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die installierte Leistung der Windkraftanlagen beträgt bei den großen Anlagen je 1.500 kW und bei der kleineren Windkraftanlage 600 kW. Diese Leistung wurde bisher in jedem Betriebsjahr erreicht. Mit dieser installierten Leistung erzeugt der Windpark ca. 3,8 Mio. kWh/Jahr.

Die Windkraftanlagen in Wehrda erreichen ca. 1.000 Vollbenutzungsstunden pro Jahr. Dies ist für diesen Mittelgebirgsstandort ein durchaus zufriedenstellendes Ergebnis. Vollbenutzungsstunden sind wie folgt definiert: Wie viel Stunden würde die Anlage benötigen, wenn sie mit 100% Leistungsabgabe den Jahresstromertrag erzeugen würde?

Die tatsächliche Laufzeit der Anlagen ist natürlich wesentlich höher. Da die Anlagen auch oft im Teillastbetrieb laufen. Maßstab für die Bewertung eines Windkraftstandortes ist daher nicht die Anzahl der Stunden in der sich der Rotor dreht, sondern der Jahresstromertrag bezogen auf die installierte Leistung der Windkraftanlagen. Also die Vollbenutzungsstunden.

Der subjektive Eindruck über zu wenig oder zu viele Stillstandszeiten, also Zeiten an denen sich der Rotor gar nicht dreht, entzieht sich einer Bewertung durch die Stadtwerke Marburg.

Die Wartungskosten für die 1.500 kW-Anlagen liegen in der Größenordnung von 30.000,00 - 35.000,00 € pro Anlage und Jahr. Die Wartungskosten für die 600 kW-Anlage liegen in der Größenordnung von 10.000,00 bis 12.000,00 € pro Anlage und Jahr.

---

zu 4.18 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 18 11/2009)
Vorlage: VO/0834/2009

Wie viele Windkraftanlagen sind maximal zum Bau auf den Lahnbergen

geplant, welche Leistung werden diese pro Jahr bei welchen jährlichen Unterhaltungskosten liefern und inwieweit sind diese WKA mit Vogel- und Fledermausflug - insbesondere den Durchflugschneisen der Kraniche - zu vereinbaren?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Konkret geplant sind auf den Lahnbergen nach Kenntnis des Magistrats überhaupt (zumindest noch) keine Windkraftanlagen (WKA).

Nach dem Stadtverordnetenbeschluss vom März 2009 soll der Magistrat näher untersuchen, ob auf zwei Flächen auf den Lahnbergen (Bürgeler Gleiche, Lichter Küppel) und auf einer Fläche in Marbach (Gebiet Görzhäuser Hof) Windkraftnutzung möglich ist. Nachdem für den Bereich Lahnberge von möglichen Betreibern (u. a. Stadtwerke Marburg) Interesse an diesen Standorten angemeldet wurde, wurden diese Standorte gemeinsam mit dem RP Gießen näher betrachtet.

Nach den Vorgaben des RP Gießen kommen auf den Lahnbergen nur die zwei genannten Gebiete mit einer bestimmten Größe in Betracht. Die Anzahl von WKA, die auf einer bestimmten Fläche aufgestellt werden können, richtet sich vor allem danach, ob und wie die Anlagen im Gelände platziert werden können.

Für diese in Frage kommenden Standorte haben die interessierten Firmen jeweils Anlagen mit einer Nabenhöhe von ca. 100 m bis 140 m als erforderlich angesehen. Anlagen in dieser Größenordnung könnten im Gebiet Lichter Küppel etwa 3-6, im Gebiet Bürgeler Gleiche etwa 4-8 aufgestellt werden.

Der Jahresertrag von beispielsweise insgesamt 10 Anlagen á 3 MW wird von möglichen Betreibern an diesen Standorten auf insgesamt ca. 43 Mio. kwh/Jahr geschätzt. Dies entspricht etwa dem Bedarf von 14.200 Haushalten oder dem privaten Stromverbrauch von 56.000 Personen.

(Am Standort Bad Endbach, für den die Stadtwerke Marburg in Absprache mit der Gemeinde Bad Endbach und dem RP Gießen den Bau von zwei Windkraftanlagen planen, ist eine installierte Leistung von je 2 MW vorgesehen. Die Stadtwerke Marburg erwarten bei 1500 Vollbenutzungsstunden hier ein Jahresergebnis von ca. 6 Mio. kwh/Jahr.)

Jährliche Unterhaltungskosten einer WKA sind dem Magistrat nicht bekannt. Sie müssen von den jeweiligen Betreibern getragen werden.

Die Vereinbarkeit von WKA mit Vogel- und Fledermauswelt muss durch Gutachten im Genehmigungsverfahren belegt werden. Genehmigungsbehörde ist das RP Gießen.

Nach Erfahrungen mit bislang ca. 22.000 Windkraftanlagen in Deutschland geht von WKA für Kranichzüge keine generelle Gefahr aus. Ob auf dem Höhenrücken der Lahnberge besondere Schutzmaßnahmen erforderlich wären, müsste im Genehmigungsverfahren geklärt werden.

---

zu 4.19 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 19 11/2009) Vorlage: VO/0835/2009

Welche Betreuungsangebote (Anbieter/Betreuungszeiten/Kosten für Eltern) gibt es für die Schüler/innen des 3. und 4. Schuljahres und an welchen Schulen gibt es kein Betreuungsangebot für diese Schüler/innen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es gibt an allen Grundschulen und der Pestalozzischule Betreuungsangebote.

Die Betreuungsangebote sind in der beigefügten Übersicht mit Anzahl der Plätze, der Betreuungszeiten und des Anbieters aufgeführt.

Diese Übersicht wurde auch bereits seit Oktober 2009 in den verschiedenen politischen Gremien verteilt und ist im Internet unter http://marburg.de/detail/38698 abrufbar.
Ebenfalls ist dort abrufbar die Übersicht der Ganztagsangebote an den Schulen.

Anlage Tabelle. Siehe Anlage zu dieser Niederschrift.

Damit ist die auf 30 Minuten gekürzte Fragestunde abgelaufen. Die restlichen Fragen Nr. 20 bis 22 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

---

zu 5 Verleihung der Ehrenbürgerrechte an Schwester Edith Ludwig Vorlage: VO/0740/2009

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage. Für den Magistrat spricht Oberbürgermeister Vaupel. Er geht in seiner Ansprache ausführlich auf das verdienstvolle Wirken der zu Ehrenden ein.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

In Anerkennung der besonderen Verdienste um die Universitätsstadt Marburg werden Schwester Edith Ludwig gem. § 28 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung und § 7 Abs. 1 der Hauptsatzung der Universitätsstadt Marburg die Ehrenbürgerrechte verliehen.

zu 6 Straßenbenennung
Vorlage: VO/0777/2009

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Stadtverordnetenvorsteher geht in einer kurzen Ansprache auf das verdienstvolle Wirken der ehemaligen Stadtverordnetenvorsteherin, Bundestagsabgeordneten und Staatssekretärin Dr. Christa Czempiel ein und begründet insofern die Vorlage des Magistrats zusätzlich.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der im Plan gekennzeichnete Platz erhält den Namen

Christa-Czempiel-Platz.

Der Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

zu 7 Besetzung des Ortsgerichts Marburg I (Marburg und Gisselberg) und Besetzung des Ortsgerichts Marburg V (Cyriaxweimar, Dilschhausen, Elnhausen, Haddamshausen, Hermershausen und Wehrshausen)
Vorlage: VO/0708/2009

Der Wahlvorbereitungsausschuss hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der Vorlage des Magistrats befasst. Es berichtet die stellvertretende Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU).

1. Zum Ortsgericht Marburg I

Die SPD-Fraktion schlägt vor, Herrn Gerhard Neumann zum Ortsgerichtsvorsteher und Herrn Klaus Nickel zum Ortsgerichtsschöffen zu wählen. Weitere Wahlvorschläge wurden nicht vorgelegt. Eine schriftliche und geheime Wahl wurde nicht beantragt. Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Wahl aufgrund der vorliegenden Wahlvorschläge durchzuführen.

2. Zum Ortsgericht Marburg V

Die SPD-Fraktion schlägt Herrn Karl-Heinz Damm für die Wahl zum

stellvertretenden Ortsgerichtsvorsteher vor. Herr Karl-Heinz Damm ist seit Januar 2009 bereits Ortsgerichtsschöffe.

Der weitere in der Vorlage genannte Wahlvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herrn Alexander von Pritzelwitz, wurde im Wahlvorbereitungsausschuss zurückgezogen.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Wahl des Stellvertreters des Ortsgerichtsvorstehers für das Ortsgericht Marburg V aufgrund des vorliegenden Wahlvorschlages durchzuführen. Zur Vereinfachung des Verfahrens kann offen durch Handzeichen abgestimmt werden. Geheime Abstimmung wurde nicht beantragt.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die einzelnen Wahlvorschläge offen durch Handzeichen abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig und somit mit mehr als der Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Herr Gerhard Neumann, wohnhaft Leopold-Lucas-Str. 65, 35037 Marburg wird zum Ortsgerichtsvorsteher des Ortsgerichts Marburg I gewählt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Herr Klaus Nickel, wohnhaft Ockershäuser Schulgasse 8, 35037 Marburg wird einstimmig und somit mit mehr als der Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten zum Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Marburg I gewählt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig und somit mit mehr als der Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Herr Karl-Heinz Damm, wohnhaft in Elsa-Brandström Str. 2, 35041 Marburg wird zum stellvertretenden Ortsgerichtsvorsteher des Ortsgericht Marburg V gewählt.

---

zu 8 Bauleitplanung der Stadt Marburg Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs Nr. 8/15, 2. Änderung, Weintrautstraße, Germanenplatz in Marburg Vorlage: VO/0707/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es

berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Im Bau- und Planungsausschuss hat die Fraktion Marburger Linke den Änderungsantrag gestellt, in der Begründung zum Bebauungsplan auf S. 16, Abs. 4, Zeile 6 die Passage in der Klammer abzuändern in "entspricht jeweils 10 m einschließlich technischer Aufbauten über Gelände)". Der letzte Satz dieses Absatzes könnte somit entfallen. Dieser Änderungsantrag hat jedoch im Bau- und Planungsausschuss keine Mehrheit gefunden, so dass über die ursprüngliche Vorlage abgestimmt wurde. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde beantragt. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Weber (Marburger Linke), Jannasch (CDU), Flohrschütz (Bündnis 90/Die Grünen), Ludwig (MBL) und Wölk (SPD). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen sowie bei Nein-Stimmen der Marburger Linken und der MBL und bei Enthaltung der CDU und FDP folgenden Beschluss:

Gemäß § 13a BauGB in Verbindung mit § 13 wird nach § 3 Abs. 2 die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 8/15, 2. Änderung, Weintrautstraße, Germanenplatz in Marburg beschlossen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird arrondiert. Das Flurstück Nr. 50/22 ist nicht mehr Bestandteil des Bebauungsplangebietes

---

zu 14.7 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Änderung des Aufenthaltsgesetzes (Änderung der Altfallregelung) Vorlage: VO/0674/2009

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage. Eine Aussprache zu diesem Thema wurde im Ältestenrat angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Adsan (Marburger Linke), Gottschlich (CDU), Dorn (Bündnis 90/Die Grünen), Adsan (Marburger Linke) und Lotz-Halilovic (SPD).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Nein-Stimmen der FDP, CDU und MBL folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (STVV) nimmt eine Anregung des Netzwerkes BLEIB in Mittelhessen - Integrationsprojekt für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt - auf, und fasst die folgenden Beschlüsse:

1) **Die STVV stellt mit Bedauern fest, dass die bislang getroffenen Regelungen nicht dazu geführt haben, dass alle unter die Altfallregelung fallenden, langfristig hier lebenden geduldeten**

Menschen ein wirksames Bleiberecht erhielten.

2) **Die STVV appelliert daher an die kommunalen Spitzenverbände und an den Innenminister des Landes Hessen, sich für eine kurzfristige Nachbesserung und eine Verlängerung der Bleiberechtsregelung einzusetzen**

3) **Die STVV appelliert darüber hinaus an den Deutschen Städtetag, sich für eine Nachfolgeregelung der jetzigen Bleiberechtsregelung einzusetzen, die keine Stichtagsregelung enthält.**

4) **Die STVV begrüßt das aus Mitteln des ESF geförderte Projekt „BLEIB in Mittelhessen", das die Integration von langjährig hier lebenden geduldeten Menschen unterstützt.**

---

zu 14.9 Antrag der MBL-Fraktion betr. Umgang mit Informationen Vorlage: VO/0686/2009

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen der Stadtverordnete Dr. Uchtmann für die antragstellende Fraktion sowie der Stadtverordnete Stompfe für die CDU-Fraktion. Anschließend spricht der Bürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, FDP, MBL und Marburger Linke und bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Während der Aussprache hat von 18:18 bis 18:32 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff (CDU) die Sitzungsleitung übernommen.

---

zu 14.17 Antrag der CDU-Fraktion betr. Keine Seilbahn Vorlage: VO/0765/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Vorlage ich auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker (SPD). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu diesem Antrag.

Im Ältestenrat wurde Aussprache zu dieser Vorlage beantragt. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Neuwohner (Bündnis 90/Die Grünen), Oberbürgermeister Vaupel für den Magistrat, Schwebel (FDP), Pfalz (CDU), Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Acker (SPD).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, SPD, FDP und MBL sowie bei Nein-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eine Nein-Stimme aus der FDP und zwei Nein-Stimmen aus der Fraktion Marburger Linke und bei zwei Enthaltungen aus der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

1. **Es wird in Marburg keine Seilbahn zwischen Lahntal und Lahnbergen errichtet.**
2. **Der Magistrat wird aufgefordert, alle diesbezüglichen Planungen sofort einzustellen.**

zu 14.19 Antrag der MBL-Fraktion betr. Altenplanung und Einwohner/innen Befragung Vorlage: VO/0769/2009

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages.

Aussprache wurde im Ältestenrat beantragt. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL), Severin (SPD), Sawalies (FDP), Gottschlich (CDU), Stompfe (CDU) und Oberbürgermeister Vaupel.

Nach der Aussprach lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den Antrag abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, MBL, FDP und Marburger Linken und bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 9 Wirtschaftsplan 2010 der Stadtwerke Marburg GmbH Vorlage: VO/0772/2009

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan 2010 der Stadtwerke Marburg GmbH wird zugestimmt.

---

zu 10 Aktualisierung der Fahrpläne für die Universitätsstadt Marburg zum Fahrplanwechsel am 13.12.2009
Vorlage: VO/0751/2009

Der Stadtverordnetenvorsteher führt aus, dass es sich bei dieser Vorlage um eine Kenntnisnahme handelt, die im Zusammenhang mit dem soeben beschlossenen Wirtschaftsplan 2010 der Stadtwerke gesehen werden muss. Die Vorlage wurde im Umweltausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss jeweils zur Kenntnis genommen und auch der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnisnahme empfohlen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst ebenfalls folgenden Beschluss:

Die in der Vorlage dargestellten Anpassungen im Linienverkehr werden zur Kenntnis genommen.

1. Der Fahrplan 2010 wird gegenüber dem aktuellen Fahrplan an die Erfordernisse des Nahverkehrsplans 2009 - 2014 angepasst:
- **Einführung von einheitlichen Fahrwegen der Linien**
- **Einführung eines einheitlichen Taktrasters von 120 - 60 - 30 - 15 Minuten**
- **Einführung einer Schnellbuslinie zwischen den beiden Campus-Standorten**
- **Anpassung der Verkehre an die verlängerten Ladenöffnungszeiten Montag bis Freitag und Samstag**
- **Entfall des Sommerferienfahrplans**

2. Die gegenüber der Empfehlung des Nahverkehrsplan zusätzlich erforderlichen Fahrten zur Verdichtung der Linien 9 (Sa), 11, 12, 13 (Sa), 16 und 17 sind aus Haushaltsmitteln in Höhe von 250 T€ zu finanzieren. Eine anteilige Kompensation erfolgt aus der Verringerung des Haushaltsansatzes für die Verdichtung der Linie 14 von 240 T€ auf 153 T€.

3. Die Verkehre werden von der Stadtwerke Marburg GmbH bzw. der Marburger Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) auf Grundlage der von der Genehmigungsbehörde erteilten Konzession eigenwirtschaftlich erbracht.

4. Der Verkehrsvertrag über die Erbringung von ÖPNV-Leistungen im Stadtgebiet der Universitätsstadt Marburg bleibt aktuell unberührt. Bei der nächsten Anpassung des Verkehrsvertrages werden 3,12 Mio. Nutzungskilometer zu Grunde gelegt. Magistrat und Stadtwerke werden ermächtigt, eventuell notwendige Detailänderungen im Verkehrsvertrag und im Leistungsverzeichnis als Anlage zum Verkehrsvertrag gemeinsam vorzunehmen.

---

zu 11 Abschluss einer Betrauungsvereinbarung für den ÖPNV in der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/0762/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker (SPD). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der in der Anlage beigefügten redaktionell geänderten Betrauungsvereinbarung über gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen zur Durchführung des ÖPNV in der Universitätsstadt Marburg wird zugestimmt.

zu 12 Bildung eines Akteneinsichtsausschusses betr. Abbruch des Hauses Rosenstraße 9
Vorlage: VO/0753/2009

Der Stadtverordnetenvorsteher erläutert die Vorlage und informiert das Haus über die Empfehlung des Ältestenrates, den bestehenden Bau- und Planungsausschuss mit der Aufgabe des Akteneinsichtausschusses betreffend Abbruch des Hauses Rosenstraße 9 zu beauftragen. Damit wäre es entbehrlich, einen neuen Ausschuss zu konstituieren.

Gegen diese Empfehlung des Ältestenrates wird aus dem Hause nicht gesprochen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst daher einstimmig folgenden Beschluss:

Der Bau- und Planungsausschuss der Stadtverordnetenversammlung wird als Akteneinsichtsausschuss betreffend den Abbruch des Hauses Rosenstraße 9 eingesetzt. Die erste Sitzung wird im Anschluss an die reguläre Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 10. Dezember 2009 stattfinden.

---

zu 13 Dringlichkeitsanträge

Es wurden keine dringlichen Anträge in die Tagesordnung aufgenommen.

---

zu 14 Anträge der Fraktionen

---

zu 14.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Geschäftsordnung des Beirats für Stadtgestaltung Vorlage: VO/0259/2009

Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, wird der Antrag auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses zurückgestellt. Es soll ein Arbeitskreis gebildet werden, der sich mit den aufgetretenen Fragestellungen hinsichtlich der Geschäftsordnung des Beirats für Stadtgestaltung befasst.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

---

zu 14.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Satzung des Beirats für Stadtgestaltung Vorlage: VO/0261/2009

Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet wird der Antrag auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses zurückgestellt. Es soll ein Arbeitskreis gebildet werden, der sich mit den aufgetretenen Fragestellungen hinsichtlich der Satzung des Beirats für Stadtgestaltung befasst.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

---

zu 14.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Denkmalschutz für Universitätsgebäude auf den Lahnbergen Vorlage: VO/0375/2009

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linke und FDP und bei Nein-Stimmen der CDU und MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, gemäß § 10 (1) des Gesetzes zum Schutze der Kulturdenkmäler (Hess. Denkmalschutzgesetz) für einen Teil der Universitätsbauten, die im „Marburger Bausystem" auf den Lahnbergen errichtet wurden, den Eintrag in das Denkmalbuch (Denkmaltopographie II) als Gesamtanlage (Ensembleschutz nach § 2(2) HDSCHG) zu beantragen.
Das Hörsaalgebäude für die Chemischen Institute soll als Solitärgebäude den Status Kulturdenkmal nach § 2 (1) HDSchG erhalten.

---

zu 14.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bebauungsplan N. 8/15
Vorlage: VO/0521/2009

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Die Beschlussformulierung ist im Bau- und Planungsausschuss auf Vorschlag von Bürgermeister Dr. Kahle dahingehend geändert worden, dass die Worte "so zu ändern" abgeändert werden in "dahin zu überprüfen". In dieser Fassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU und bei Enthaltung der MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, den Entwurf zum Bebauungsplan N. 8/15, 1. Änderung Weintrautstraße/Germanenplatz dahin zu überprüfen, dass innerhalb festgelegter Baugrenzen die Anzahl und Größe der zu planenden Gebäude so flexibel gestaltet werden kann, dass ein Spielraum für die Wohnungsbaugesellschaften geschaffen wird und eine kostengünstige sowie vom Land Hessen unterstützte Bebauung möglich wird.

zu 14.5 Antrag der FDP-Fraktion betr. Behring-Gedenkstätte
Vorlage: VO/0537/2009

Der Antrag wurde im Schul- und Kulturausschuss und im Bau- und Planungsausschuss beraten. Der Schul- und Kulturausschuss hat die Vorlage abgelehnt. Der Bau- und Planungsausschuss hat den Antrag zurückgestellt, um die angekündigte Besichtigung der Behring-Gedenkeinrichtungen durch Ausschussmitglieder bzw. Stadtverordnete durchzuführen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

---

zu 14.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verbesserung der Marburger Stadtbusverbindungen - Änderungsvorschläge zum Nahverkehrsplan 2009 - 2014 (Beschlussvorlage VO/O556/2009)
Vorlage: VO/0632/2009

Der Antrag der Fraktion Marburger Linke ist im Umweltausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Dort wurde vereinbart, die Anregungen zum Fahrplan zur Kenntnis zu nehmen und den Stadtwerken Marburg mit dem Ziel zu übergeben, für die Einzelpunkte Lösungen zu erarbeiten.

Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Anregungen zu Fahrplan werden zur Kenntnis genommen und den Stadtwerken Marburg mit dem Ziel übergeben, für die Einzelpunkte Lösungen zu erarbeiten.

---

zu 14.8 Antrag der FDP-Fraktion betr. Schutz des Alten Botanischen Gartens
Vorlage: VO/0680/2009

Der Antrag wurde im Umweltausschuss beraten und zurückgestellt bis zur Dezembersitzung.

Die FDP-Fraktion hat jedoch im Ältestenrat beantragt, die Vorlage bis zum Januar 2010 zu vertagen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

---

zu 14.10 Antrag der MBL-Fraktion betr. "Elisabethherz"
Vorlage: VO/0692/2009

Der Antrag ist von der antragstellenden MBL-Fraktion für erledigt erklärt worden. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 14.11 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Fußweg Sellhof
Vorlage: VO/0744/2009

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob und wie der Fußweg zwischen der Straße Richtung Michelbach (332) und dem Sellhof verbreitert und besser gesichert werden kann. Die Kosten für die Stadt sollten dabei ermittelt werden.

---

zu 14.12 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Denkmaltopographie der Stadt Marburg Vorlage: VO/0747/2009

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, gemäß Durchführungserlass zum Hessischen Denkmalschutzgesetz vom 11. Mai 2005 (Staatsanzeiger für das Land Hessen, 30. Mai 2005) öffentlich bekannt zu machen, dass das fertig gestellte Manuskript der Denkmaltopographie Teil II der Stadt Marburg einschließlich der fertig gestellten Planübersicht aller Kulturdenkmäler (KDs) und Bereiche als Gesamtanlage (Ga) ab sofort für jedermann bei der unteren Denkmalbehörde und beim Landesamt für Denkmalpflege einsehbar ist.

---

zu 14.13 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Fundstellenkataster Vorlage: VO/0748/2009

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Die antragstellende Fraktion Marburger Linke hat den Antrag zurückgestellt, um ihn textlich zu überarbeiten.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis ein neuer Beschlusstext eingereicht wird.

---

zu 14.14 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Universitätsstadt Marburg Vorlage: VO/0755/2009

Die Vorlage ist im Umweltausschuss und im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Beide Ausschüsse haben den Antrag zurückgestellt.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, den Antrag bis Januar 2010 zurückzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Januarsitzung 2010.

---

zu 14.15 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Nutzung der Windenergie für Marburg Vorlage: VO/0759/2009

Die Vorlage ist im Umweltausschuss und im Bau- und Planungsausschuss

beraten worden. Beide Ausschüsse haben den Antrag zurückgestellt.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, den Antrag bis Januar 2010 zurückzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Januarsitzung 2010.

---

zu 14.16 Antrag der CDU-Fraktion betr. Windkraftstandort Lahnberge Vorlage: VO/0764/2009

Die Vorlage ist im Umweltausschuss und im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Beide Ausschüsse haben den Antrag zurückgestellt.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, den Antrag bis Januar 2010 zurückzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Januarsitzung 2010.

---

zu 14.18 Antrag der MBL-Fraktion betr. Sauberkeit auf dem Messegelände Vorlage: VO/0766/2009

Der Antrag ist im Umweltausschuss beraten worden. Der Ausschuss hat die Vorlage zurückgestellt bis zur Dezembersitzung.

Die antragstellende Fraktion hat im Ältestenrat jedoch beantragt, die Vorlage bis zum Januar 2010 zu vertagen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage bis zum Januar 2010 zurück.

---

zu 14.20 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Verlängerung von Hallenöffnungszeiten Vorlage: VO/0775/2009

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob die aufgrund der verschiedenen Baumassnahmen angespannte Hallensituation dadurch eingedämmt werden kann, dass einzelne Hallen bis 23.00 h an Vereine bzw.

Sportgruppen vergeben werden können.

---

zu 14.21 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mehrwertsteuer auf Müll- und Abwasserentsorgung Vorlage: VO/0778/2009

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg schließt sich den Protesten des Deutschen Städtetages, von Länderinnenministern und dem Verband Kommunaler Unternehmen gegen die geplante Ausweitung der Umsatzsteuer auf alle kommunalen Unternehmen an und appelliert an die neue Bundesregierung, die alte Regelung beizubehalten.

---

zu 15 Große Anfragen der Fraktionen

---

zu 15.1 Große Anfrage der Fraktion Marburger Linke betr. Lohnersatzleistungen, Sozialleistungen Vorlage: VO/0358/2009

Die Große Anfrage und die Antwort des Magistrats sind bereits im Sozialausschuss beraten worden.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Beantwortung durch den Magistrat zur Kenntnis.

---

zu 16 Kenntnisnahmen

---

zu 16.1 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 30.09.2009 Vorlage: VO/0720/2009

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 16.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Ergebnishaushalt 2009 hier: Produkt/Budget 182010 "Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung" Vorlage: VO/0754/2009

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 16.3 Zulässige Höchstgeschwindigkeiten in der Ketzerbach und auf der B 3 Vorlage: VO/0774/2009

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage und dem beiliegenden Schreiben Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 22:00 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Acker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender

Wagner
Protokoll und

der CDU-Fraktion Geschäftsstelle

Anlagen

Dringliche Anträge
Schriftliche Beantwortungen von kleinen Anfragen